



OA-Update / 16, 8.12.2020

Osteuropa



Kurz vor dem Jahresabschluss stehen mit Blick auf die Ukraine die Planungen für das Haushaltsjahr 2021 genauso auf der Agenda wie die Frage, wie mit den immer noch steigenden Infektionszahlen umgegangen werden soll. Die Vertiefung der Energiepartnerschaft wird mit dem Ersten Deutsch-Ukrainischen Energietag am 8./9. Dezember 2020 konkret. Georgien hat ein neues Anreizpaket für ausländische Investoren aufgelegt und versucht so die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Epidemie zu mildern. In Belarus hält die politische Krise an und die wirtschaftliche Lage bleibt fragil. Zudem gewinnt die Diskussion um weitere EU-Sanktionen gegen Belarus an Fahrt. Nachdem im November ein Waffenstillstand zwischen Armenien und Aserbaidschan in Kraft trat, beschäftigen sich beide Länder auch mit den wirtschaftlichen Folgen des Konflikts. Weitere Entwicklungen mit wirtschaftspolitischen Folgen für die fünf Länder sowie Veranstaltungsnachlesen und eine Vorausschau finden Sie in diesem letzten Update vor Weihnachten.

Mit dieser 16. Ausgabe des Osteuropa-Updates geht ein für uns alle besonders herausforderndes Jahr zu Ende. Wir hoffen sehr, dass Ihre persönliche Bilanz neben dem übergroßen Corona-Schatten auch einige Lichtpunkte enthält und wünschen Ihnen und uns allen, dass diese im kommenden Jahr 2021 umso heller leuchten werden.

Hier die die aktuellen Themen:

Hier die die aktuellen Themen:

- **Rückblick: Die wichtigsten Ereignisse 2020**
- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Projekte**
- **Veranstaltungsnachlese**
- **Kommende Veranstaltungen**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

TOP-5 2020:

- März: Eine **Regierungsumbildung in der Ukraine** führt nach nur einem halben Jahr zu einer neuen Regierung; Denys Schmyhal wird neuer Premierminister
- August: Die **Präsidentenwahlen in Belarus** werden zum Auslöser einer historischen Protestwelle und führen zur Verschlechterung des Verhältnisses zum Westen
- Oktober: In der Ukraine entzündet sich an einem Urteil des Verfassungsgericht eine **Verfassungskrise; Beobachter sehen zentrale Errungenschaften der Korruptionsbekämpfung in Gefahr**
- November: **Aserbaidschan erobert Teile von Berg-Karabach**, unter Vermittlung Russlands kommt ein Friedensschluss zustande; in Armenien erfolgt eine Regierungsumbildung

Wirtschaftspolitik

Ukraine

In der Diskussion um die öffentliche Einsehbarkeit von **Einkommens- und Vermögensverhältnissen von Amts- und Mandatsträgern** hat das ukrainische Parlament am 4. Dezember 2020 einen **Kompromissvorschlag verabschiedet**. Nach den neuen Regelungen sind falsche Vermögensdeklarationen wieder strafbewährt und werden mit Geldstrafen zwischen umgerechnet 1.500 US-Dollar bis 3.000 US-Dollar belegt. Haftstrafen sieht die neue Regelung nicht mehr vor. Antikorruptionsgruppen haben gegen diesen abgeschwächten Vorschlag protestiert. Präsident Selenskyy wird den Kompromissvorschlag nach eigenem Bekenntnis jedoch unterzeichnen, obwohl er weitergehende Regelungen befürwortet.

Ende Oktober erklärte das **Verfassungsgericht** die öffentliche Einsehbarkeit von Einkommens- und Vermögensverhältnissen von Amts- und Mandatsträgern, die Einsetzung des Leiters des Nationalen Anti-Korruptionsbüros Artem Sytnyk, sowie die Strukturen des Fonds für die Sanierung und Bereinigung des ukrainischen Bankensektors für verfassungswidrig. **Internationale Geber**, allen voran der Internationale Währungsfonds **kritisierten das Vorgehen**. Vor diesem Hintergrund ist die Auszahlung weiterer vereinbarter Finanzhilfen im Jahr 2020 unwahrscheinlich.

Zwischen **Januar und Oktober 2020** verzeichnete die Ukraine einen **starken Rückgang ausländischer Investitionen**. Im genannten Zeitraum wurden 221 Millionen US-Dollar eingeworben, wie die Nationalbank der Ukraine am 2. Dezember 2020 berichtete. Dies sind lediglich rund fünf Prozent der Summe des Vorjahreszeitraums. Damals betrug der Zufluss 4,5 Milliarden US-Dollar. Auch die Reinvestitionen von Ausländern sind im gleichen Zeitraum von 2,9 Milliarden US-Dollar von Januar bis Oktober 2019 auf 639 Millionen US-Dollar im Vergleichszeitraum des Jahres 2020 gesunken. Die ausländischen Kreditaufnahmen verringerten sich in diesem Zeitraum ebenfalls von 640 Millionen US-Dollar (2019) auf

219 Millionen US-Dollar in den ersten zehn Monaten des Jahres 2020. Die Analysten der Nationalbank sehen die **Gründe** dafür in der durch **Covid19 induzierten Rezession, im Stillstand bei der Justizreform sowie bei Defiziten bei marktwirtschaftlichen Reformen.**

Der Präsident der Ukraine unterzeichnete am 26. November 2020 das **Gesetz** Nummer 4119 zur **Regulierung und Festsetzung von Einspeisevergütungen von Strom aus erneuerbaren Energiequellen.** Mit dem neuen Gesetz werden Garantien möglich, mit dem Schulden des „Garantierter Käufer“ (das „GB“) gedeckt werden können. **Zahlungen an die Erzeuger grünen Stroms werden somit abgesichert.** Am 10. Juni 2020 hatten sich die öffentliche Hand und Produzenten auf ein Memorandum of Understanding geeinigt, dass bestehende Verbindlichkeiten in verschiedenen Stufen bis zum 31. Dezember 2021 an die Produzenten beglichen werden müssen. 40 Prozent der Verbindlichkeiten werden im vierten Quartal 2020 gezahlt und je fünfzehn Prozent in jedem Quartal des Jahres 2021.

Ende November 2020 hat das ukrainische Kabinett den **Haushaltentwurf für das Jahr 2021** gebilligt. Es wird mit einem 5,5-prozentigen Defizit gemessen am Bruttoinlandsprodukt geplant. Ursprünglich war ein Defizit in Höhe von sechs Prozent geplant. Der aktualisierte Gesetzesentwurf geht von Haushaltseinnahmen in Höhe von 1,1 Billionen UAH (ca. 38,5 Milliarden US-Dollar) und Haushaltsausgaben in Höhe von rund 1,3 Billionen UAH (ca. 45,8 Milliarde US-Dollar) aus. Beobachter bewerten diesen Entwurf als einen realistischen Finanzplan für das Land, das dringend die finanzielle Unterstützung der internationalen Finanzinstitutionen benötigt.

Mit Blick auf die Auswirkungen der Covid19-Pandemie warnte Gesundheitsminister Maksym Stepanov vor einem „harten Winter“. Der **Gesundheitsminister wie auch Premier Denis Schmyhal** erklärten kürzlich, dass man **im Januar wohl eine voraussichtlich dreiwöchige Abriegelung des Landes durchführen werde,** um die Infektionsdynamik zu brechen. Eine Abfrage bei Bürgermeistern und Gouverneuren der Oblaste durch das Kabinett ergab, dass über 90 Prozent von ihnen Verbote oder Einschränkungen für Massenveranstaltungen, Einkaufszentren, Kinos, Restaurants oder Fitnessstudios befürworteten. Nachdem in den vergangenen Wochen besonders regionale und lokale Akteure gegen (Teil)Lockdowns argumentierten, sind dies durchaus überraschende Werte und ist vor dem Hintergrund eines hoch dynamischen Infektionsgeschehens zu betrachten. Die Ukraine hat seit Beginn der Pandemie mehr als 800.000 Fälle von COVID-19 registriert. In einigen Regionen sind die Krankenhäuser besorgniserregend voll.

Belarus

In Belarus dauern die **Proteste gegen das offizielle Wahlergebnis** vom 9. August 2020 und gegen die gewaltsame Reaktion des Sicherheitsapparates an. Der Protest dezentralisiert sich stärker. Es kommt weiterhin zu Verhaftungen. Ein Dialog zwischen den gesellschaftlichen Kräften und den Machtapparat scheint weiterhin nicht realistisch. In Gesprächen zwischen den Regierungen in Moskau und Minsk zeigte sich die russische Regierung unzufrieden mit dem weiterhin andauernden politischen Schwebezustand in Minsk.

Die **Europäische Union entwickelt** aktuell einen umfangreichen **Unterstützungsplan**, der auch wirtschaftliche Maßnahmen für ein **demokratisch transformiertes Belarus** umfassen soll. Dieser soll noch im Dezember 2020 vorgelegt werden. **Gleichzeitig wird weiter über eine drittes Sanktionspaket diskutiert**, das wohl auch gezielt Sanktionen gegen Unternehmen enthalten soll, die als „Stütze des Regimes“ definiert werden. Bisher hat die EU personenbezogene Sanktionen gegen über 60 Funktionsträger verhängt.

Das in Minsk ansässige Institut „IPM Research Center“ präsentierte im Rahmen des Minsk Forums 2020 einen Einblick in die Stimmungslage unter kleinen und mittelgroßen Unternehmen in Belarus. Im November 2020 bewerteten eine **Mehrheit der befragten privaten belarussischen Unternehmen die Wachstums- und Entwicklungsaussichten** über alle Branchen hinweg als **negativ**. Insbesondere die Rahmenbedingungen für Investitionen seien überaus schlecht. Als Hinderungsgründe für Investitionen werden Misstrauen in das Rechtssystem, Finanzierungsprobleme sowie die allgemein schlechte Wirtschaftslage benannt.

Belarussische Banken erhielten Anfang Dezember eine **Empfehlung der Belarussischen Nationalbank, die Zuschaltung zum russischen Zahlungssystem „Service Bureau SPFS“ sicherzustellen**. Hintergrund sind offenbar Befürchtungen, dass im Zuge von Wirtschaftssanktionen die Einbindung in das internationale Zahlungssystem SWIFT betroffen sein könnte.

Mit Blick auf den **sozioökonomischen Entwicklungsplan von Belarus für das Jahr 2021** wurden bestimmte Quoten für Wirtschafts- und Wachstumsindikatoren festgelegt. So müssen Gehälter im Land um mindestens sieben Prozent steigen. Mit Blick auf die Exporte wurde eine Steigerungsrate von mindestens fünf Prozent und mit Blick auf die Investitionen in Sachanlagen eine Steigerungsrate von 50 Prozent im Vergleich zum Jahr 2020 definiert.

Südkaucasus

Die **armenische Zentralbank** hat sich Anfang Dezember zur Stabilität des Finanzsektors im Land geäußert. So seien im Lauf des Krieges mit Aserbaidschan insbesondere im Oktober leicht angestiegene Einlagenabflüsse zu verzeichnen gewesen. In den Wochen nach der Aushandlung des Waffenstillstands Anfang November 2020 habe sich diese Situation jedoch wieder stabilisiert. Die Zentralbank bewertet die **aktuelle Liquiditätssituation im Markt als ausreichend**, damit das Finanzsystem im Land weiter normal funktionieren könne.

Die Regierungsfraktion „Mein Schritt“ von Ministerpräsident Nikol Pashinyan hat am 2. Dezember 2020 die Gründung einer **Task Force im armenischen Parlament** bekannt gegeben, die als **Ansprechpartner für Unternehmensprobleme fungieren und diese schnell lösen soll**. Zunächst werden Abgeordnete der Regierungsfraktion verschiedener Ausschüsse in die Arbeitsgruppe einbezogen, wie der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses Babken Tunyan („Mein Schritt“) betonte. In einem nächsten Schritt sollen auch Abgeordnete oppositioneller Parteien in die Arbeit einbezogen werden.

Am 26. November 2020 wurde der bisherige **armenische Wirtschaftsminister** Tigran Khachatryan **durch Vahan Kerobyan ersetzt**. Kerobyan war von 2004-2012 als CEO der Handelskette Star tätig und danach als Gründer des Startups Menu.am tätig. Darüber hinaus wurden im November auch die Ministerien für Verteidigung, Äußeres, Bildung, Arbeit und Soziales mit einer neuen Leitung besetzt.

Italien war nach Angaben des Staatlichen Zollkomitees von **Aserbaidschan** der größte Exportmarkt Aserbaidschans in den ersten zehn Monaten des Jahres 2020. Die Türkei und Russland folgen auf den weiteren Plätzen. Der Handel mit Italien belief sich nach offiziellen Angaben auf insgesamt 4,2 Milliarden US-Dollar, während er mit der Türkei knapp 3,6 Milliarden US-Dollar und mit Russland knapp 2,2 Milliarden US-Dollar betrug. Die **Fertigstellung und Inbetriebnahme des Südlichen Gaskorridors** und damit einhergehende Gasexporte in die EU dürften die Grundlage dieses Rankings sein. Bis Ende des Jahres wird die vollständige Inbetriebnahme der gesamten Leitung erwartet. In Italien landet der Südliche Gaskorridor in der Europäischen Union an.

Die Regierung von **Georgien** hat einen **neuen Mechanismus zur Unterstützung ausländischer Direktinvestitionen** installiert. Investoren können mit **Zuschüssen von bis zu einer Million GEL (etwa 300.000 US-Dollar)** rechnen. Mit dem Programm sollen die Wertschöpfung und die Schaffung von Arbeitsplätzen vor allem in technologieintensiven Bereichen unterstützt werden. Das FDI-Zuschussprogramm richtet sich an in Georgien registrierte Unternehmen, die Tochtergesellschaften von juristischen Personen vertreten, die außerhalb Georgiens tätig sind und ausländisches Kapital im Land investieren. Zur Anwendung kommt die Regelung für die Produktion in den Bereichen **Elektrotechnik und Elektronik, Flugzeugteile** und -komponenten, Herstellung von **Fahrzeugen und Ausrüstung** sowie deren Teilen, Export von **Unternehmensdienstleistungen/Geschäftsprozess-Outsourcing (BPO)**, Entwicklung von **Lagerhäusern und Logistikzentren** sowie im Bereich **Reparatur und Wartung von Flugzeugen (MRO)**. Im Rahmen des Programms werden FDI-Zuschüsse zur Rückerstattung von Ausgaben gewährt, die dem Unternehmen für die Ausbildung der Arbeitskräfte sowie für die Einrichtung von Infrastruktur und/oder Kommunikation entstehen. Die vollständigen Bedingungen können beim Ost-Ausschuss erfragt werden.

Die georgische Regierung führte vom 28. November 2020 bis Ende Januar 2021 eine **zweite Welle von Mobilitätsbeschränkungen** ein, die jedoch weniger streng als die bereits im April dieses Jahres eingeführte vollständige Abriegelung ist. Zusammen mit der zweiten Welle von Restriktionen wurden die **fiskalischen Stimulierungsmaßnahmen reaktiviert**, darunter auch Lohnsubventionen sowie ein Unterstützungspaket für Unternehmen mit geplanten Gesamtausgaben in Höhe von 1,1 Milliarden GEL. Mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbarte die georgische Regierung ein höheres Ziel für das Haushaltsdefizit, um zusätzliche Ausgaben im Zusammenhang mit COVID-19 decken zu können.

Der Ost-Ausschuss hat die Entwicklung des **deutschen Außenhandels** mit Mittel- und Osteuropa zwischen Januar und September 2020 ausgewertet. Die deutschen Ausfuhren in die 29 Partnerländer des Ost-Ausschusses gingen in diesem Zeitraum um 9,7 Prozent zurück, die Einfuhren um 13,8 Prozent. Die Importe aus der Ukraine sanken im genannten Zeitraum um 17 Prozent, die deutschen Exporte um 7 Prozent. Die vollständige Handelstabelle für die Region finden Sie [hier](#).

Ukraine: Für den Staatshaushalt 2020 geht die ukrainische Regierung von Gesamteinnahmen in Höhe von 976 Milliarden UAH sowie von Ausgaben in Höhe von 1,27 Milliarden UAH aus. Damit entsteht ein Defizit von 291 Milliarden UAH, umgerechnet rund 10,26 Milliarden US-Dollar. Beobachter gehen davon aus, dass allein im Dezember 2020 ein Finanzbedarf in Höhe von mindestens 100 Milliarden UAH (rund 4 Milliarden US-Dollar) gedeckt werden muss. Da Gelder des Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Union (noch) nicht verfügbar sind und inländische Bondplatzierungen in den vergangenen Wochen nicht erfolgreich waren, wird erwartet, dass die Ukraine internationale Anleihen platzieren wird.

Belarus: Nach offiziellen Angaben bleibt die **wirtschaftliche Lage** in Belarus im Kontext von Corona und der umstrittenen Präsidentschaftswahl im August weiterhin angespannt. Wie der Think Tank Berlin Economics berichtet, konnte im Oktober bei den kurzfristig verfügbaren Daten aus dem Finanz- und Bankenbereich wie Wechselkurs, Devisenreserven sowie Bankeinlagen eine gewisse Stabilisierung verzeichnet werden. Die Lage bleibt jedoch fragil. Die **Produktionsdaten** aus dem Realsektor zeigen für Oktober 2020 ebenfalls eine Stabilisierung; einzelne Indikatoren aus dem Unternehmensbereich (Verluste, Verschuldung) steigen jedoch deutlich an. Die Inflation nimmt weiterhin zu und lag im Oktober mit 6,2 Prozent deutlich über dem Zielwert von fünf Prozent. Damit verstetigt sich der seit Sommer 2020 anhaltende Trend.

Georgien: Das **BIP schrumpfte** im Oktober 2020 um 3,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Im September betrug dieser Wert nur minus 0,7 Prozent. Strengere Mobilitätsvorschriften sowie ein verschlechterter Ausblick bei Unternehmen und Verbrauchern kehrten die Erholung um. Eine fortgesetzte wirtschaftliche Kontraktion scheint auch in den kommenden Monaten wahrscheinlich, wie die Experten von TBC Capital in Tiflis berichten, weil die erneut eingeführten Beschränkungen erst ab Februar 2021 allmählich aufgehoben werden sollen.

Armenien: Zwischen November 2020 und November 2019 betrug die **Inflation** in Armenien 1,6 Prozent, wie das Staatliche Statistikkomitee berichtet. Die jährliche Inflation bei Nahrungsmitteln und nichtalkoholischen Getränken betrug 0,8 Prozent. Die Verbraucherpreise für Bekleidung und Schuhe sanken im November 2020 um 1,6 Prozent gegenüber November 2019 und um 1,9 Prozent gegenüber Oktober 2020. Die Jahresinflation bei Wohnungsdienstleistungen, Wasserversorgung, Strom, Gas und anderen Brennstoffen betrug 0,4 Prozent. Die Preise im Transportbereich steigen auf Jahressicht um zwei Prozent.

Projekte

Germany Trade and Invest (GTAI) veröffentlicht regelmäßig aktualisierte internationale **Ausschreibungen** für Beschaffung und Projekte auf der [Website](#).

Veranstaltungsnachlese

Am **18. November 2020** trafen sich Ost-Ausschuss Mitgliedsunternehmen, das Bündnis für Cybersicherheit und Vertreter des Staatlichen Dienstes für Kommunikation und Informationssicherheit der Ukraine online zu einem **Deutsch-Ukrainischer Experten-Roundtable**. Klar wurde, dass die Bereiche **Cybersicherheit, kritische Infrastrukturen und Netzsicherheit** viele Ansatzmöglichkeiten für eine vertiefte deutsch-ukrainische Kooperation bieten. Die Grundlagen dafür werden in den nächsten Wochen mit einer weiteren Angleichung ukrainischer Standards an die EU gelegt.

Am **24. November 2020** hat die zweite Ausgabe der **Veranstaltungsserie Pushing Eastern Europe Forward** online stattgefunden. Mehr als 60 Teilnehmer diskutieren mit Experten von Banken und Vertretern produzierender Unternehmen die Zukunftsaussichten für das Jahr 2021. Viele Partnerländer der vom Ost-Ausschuss betreuten Region bleiben auch im Jahr 2021 Wachstumslokomotiven. Gelöst werden müsse das Problem oftmals hoher Finanzierungskosten in den Ländern. Den vollständigen Bericht und die Aufzeichnung des Impulsvortrages durch die Commerzbank finden Sie [auf unserer Website](#).

Gemeinsam mit **Mitgliedern der Arbeitsgruppe für Investorenschutz des ukrainischen Parlaments diskutierten Ost-Ausschuss Mitglieder** am **26. November 2020** digital über die bilaterale Wirtschaftszusammenarbeit. Die ukrainische Delegation wurde von Halyna Yanchenko geleitet, die gleichzeitig auch Vorsitzende der Ukrainisch-Deutschen Freundschaftsgruppe im Parlament ist. Der Ost-Ausschuss wurde durch Philip Sweens, Geschäftsführer HHLA International GmbH und Länderkreissprecher Ukraine im Ost-Ausschuss, vertreten.

Die nachhaltige Sicherung und Förderung von Fachkräften sowie die qualitative Verbesserung der Aus- und Weiterbildung gehören zu den wichtigsten strategischen Aufgaben für Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft, Bildung und Forschung. Mit der Konstituierung des **Arbeitskreises Fachkräftesicherung im Ost-Ausschuss** wurde ein wichtiger Schritt gemacht, um Unternehmen, Fachkräfte sowie die Öffentlichkeit stärker für das Thema zu sensibilisieren und Lösungsansätze aufzuzeigen. In der **zweiten Arbeitskreissitzung, die am 27. November** im Online-Format stattfand, ging es um den strategischen Rahmen und die Verzahnung von Best-Practice-Beispielen von Unternehmen unter Einbindung weiterer Stakeholder aus den Partnerländern. Mehr dazu lesen Sie [hier](#). Möchten Sie sich in unseren **Arbeitskreis einbringen und von unserem Kooperationsnetzwerk profitieren**? Dann wenden Sie sich an Petya Hristova (p.hristova@oa-ev.de).

Am **2. und 3. Dezember 2020** hat zum achtzehnten Mal das **Minsk Forum** getagt. In diesem Jahr hat die Zusammenkunft online stattgefunden und sich mit vielfältigen Themen

beschäftigt. Der **Ost-Ausschuss organisierte in diesem Zusammenhang das Wirtschaftspanel** des Forums. Der Veranstaltungsbericht zum Wirtschaftspanel kann auf der [Ost-Ausschuss Website](#) abgerufen werden. Die Aufzeichnung des Panels wird in Kürze auf www.minskforum.org verfügbar sein.

Kommende Veranstaltungen

Die Regionaldirektion arbeitet weiter an Onlineformaten, um Ihnen auch in Corona-Zeiten fortlaufend die Möglichkeit zur Information und Vernetzung zu bieten. Weiterhin sind auch wieder erste Präsenzveranstaltungen in Planung.

- **8./9. Dezember 2020:** 1. Deutsch-Ukrainischer Energietag im Rahmen der Deutsch-Ukrainischen Energiepartnerschaft - <https://energyday.online/de>
- **9. Dezember 2020:** Beginn einer **Webinar-Reihe zum ukrainischen Energiemarkt** - öffentlich
- **14. Dezember 2020: Deutsch-Ukrainische High-Level-Group**, online – **GESCHLOSSENE VERANSTALTUNG**
- **14.-17. Dezember 2020: „Eastern Partnership Business Days“** im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, online

Tipps & Links

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen +++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. **Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten** und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere **Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie [hier](#)**. Für alle Ihre Fragen wenden Sie sich gerne an: Almut Wetjen, A.Wetjen@oa-ev.de, Tel.: 01577-3423 612.

Welche Bestimmungen die Partnerländer des OA mit Blick auf das Corona-Virus erlassen haben, können Sie unserem **Corona-Dossier** entnehmen, das wir ständig aktualisieren. Dort finden Sie als pdf-Datei auch eine Wochenübersicht zur Entwicklung der Infiziertenzahlen in unserer Region: <https://www.ost-ausschuss.de/de/corona-mittel-und-osteuropa>

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat eine „**Kontaktstelle zur Sicherstellung in den Lieferketten**“ eingerichtet. Ziel ist es, dass die Herstellung und Lieferung benötigter Zuliefererprodukte reibungslos funktioniert. Unternehmen können sich bei Problemen im Zusammenhang mit internationalen Lieferketten an die E-Mail-Adresse kontaktstelle-lieferketten@bmwi.bund.de wenden.

Der Think-Tank **Berlin Economics** veröffentlicht regelmäßig Updates, unter anderem zu Belarus, Ukraine, Georgien und Armenien: <https://www.german-economic-team.com>

Die **Länderanalysen**, angesiedelt an der Forschungsstelle Osteuropa der Universität Bremen, haben für Belarus und die Ukraine aktuelle Ausgaben publiziert: <https://www.laender-analysen.de/>

Weiterhin können Sie sich zu den aktuellen Entwicklungen bezüglich des Corona-Virus, inklusive der geltenden Ein- und Ausreisebestimmungen, auf den Webseiten der deutschen Auslandsvertretungen informieren:

- Deutsche Botschaft in Armenien:
<https://eriwan.diplo.de/am-de>
- Deutsche Botschaft in Aserbaidschan
<https://baku.diplo.de/>
- Deutsche Botschaft in Belarus
<https://minsk.diplo.de/by-de>
- Deutsche Botschaft in Georgien
<https://tiflis.diplo.de/ge-de>
- Deutsche Botschaft in der Ukraine
<https://kiew.diplo.de/ua-de>

Weitere **Hintergrundinformationen** zur Arbeit des OA und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#) auf [Facebook](#), [LinkedIn](#), [Xing](#) und bei [Twitter](#).

Kontakt

Bei Fragen und Anregungen zu diesem Update und zur Region Osteuropa (Armenien, Aserbaidshan, Belarus, Georgien, Ukraine) wenden Sie sich gerne an:



Stefan Kägebein

Regionaldirektor Osteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-113

Mobil: +49 170 796 10 81

E-Mail: S.Kaegelbein@oa-ev.de



Sarah Guhde

Sekretariat Regionaldirektion Osteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-125

E-Mail: S.Guhde@oa-ev.de

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln!

Presse-Kontakt: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
Andreas Metz
Tel.: +49 (0)30 206167-120
E-Mail: A.Metz@oa-ev.de
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de
Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)